

Wochenbericht

Nummer 34

Weniger als die Hälfte der Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel erforderte der Bedarf an Bekleidung und Wäsche. Mit 15,2 Mrd. DM bzw. einem Anteil von 16,4 vH im Jahre 1954 bildete er den zweitgrößten Nachfragebereich der privaten Verbraucher, und von 1955 bis 1957 stiegen hier die Ausgaben in fast gleichem Maße wie die Gesamtausgaben. Diese Entwicklung schwächte sich jedoch auf 15,4 vH ab, als im Jahre 1958 gewisse kurzfristige Sättigungserscheinungen mit ungünstigen Witterungsbedingungen und Modeinflüssen sowie mit Preissteigerungen zusammentrafen. Im Jahre 1959 stieg zwar die Nachfrage wieder stärker, doch der Anteil der Ausgaben für Bekleidung und Wäsche an den gesamten Verbrauchsausgaben blieb mit 15,2 vH noch geringfügig unter dem Niveau von 1958.

Die Struktur des Privaten Verbrauchs¹⁾

Verbrauchsgruppen	1954	1955	1956	1957	1958	1959
in jeweiligen Preisen						
Priv.Verbrauch in Mrd. DM	92,8	103,4	115,1	125,6	134,7	142,9
davon in vH:						
Nahrungs- u. Genußmittel	42,2	41,6	41,1	40,9	40,7	40,5
Textilwaren	16,4	16,2	16,2	16,2	15,4	15,2
Hausrat und Wohnbedarf .	8,7	9,0	9,2	9,4	9,4	9,6
Sonstige Güter	8,1	8,4	8,5	8,7	9,3	9,4
Energie	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5
Wohnungsnutzung	6,5	6,5	6,6	6,7	6,8	6,8
Verkehr und						
Nachrichtenübermittlung .	4,1	3,9	3,8	3,6	3,5	3,4
Übrige Dienste	11,5	11,8	12,0	12,0	12,4	12,6
in Preisen von 1954						
Priv.Verbrauch in Mrd. DM	92,8	101,8	110,8	117,6	122,6	128,4
davon in vH:						
Nahrungs- u. Genußmittel	42,2	41,8	41,2	41,5	41,5	40,9
Textilwaren	16,4	16,6	16,9	16,6	15,9	16,1
Hausrat und Wohnbedarf .	8,7	8,9	9,2	9,1	9,3	9,7
Sonstige Güter	8,1	8,5	8,6	8,9	9,5	9,6
Energie	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4	2,4
Wohnungsnutzung	6,5	6,4	6,3	6,4	6,7	6,6
Verkehr und						
Nachrichtenübermittlung .	4,1	3,9	3,9	3,8	3,3	3,2
Übrige Dienste	11,5	11,4	11,3	11,2	11,4	11,5

¹⁾ Aufgliederung nach Berechnungen des DIW.

Im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Gruppen nahmen die Aufwendungen für den Verbrauch der übrigen Güter im Zuge der steigenden Einkommen und des wachsenden Wohlstandes zwischen 1954 und 1959 jährlich bedeutend stärker zu als die Gesamtaufwendungen. Während 1954 der Konsum von Gütern des Hausrat- und Wohnbedarfs 8,1 Mrd. DM und der der Sonstigen Güter 7,5 Mrd. DM erforderte, waren es 1959 13,7 bzw. 13,4 Mrd. DM; damit erhöhten sich die Ausgabenanteile um 0,9 bzw. 1,3 Punkte. Die Verlagerungen der privaten Verbraucher-nachfrage von Gütern vorwiegend elementaren Lebensbedarfs zu solchen einer gehobeneren Lebensführung kommen hierin deutlich zum Ausdruck. Mit den wachsenden Einkommen erweiterte sich der Spielraum für Aufwendungen z. B. zur Einrichtung der Wohnungen, zur Befriedigung persönlicher Freizeitbedürfnisse, zur privaten Motorisierung oder zur Elektrifizierung der Haushalte.

Die zunehmende Ausstattung mit Elektroartikeln bewirkte einen jährlich stark wachsenden Strombedarf der Haushalte. Diese erhöhte Nachfrage bildete daher neben den steigenden Kohlepreisen den wesentlichsten Grund für eine weitgehende Parallelität der Aufwandsentwicklung für Energieverbrauch zur Gesamtentwicklung. Mit 3,5 Mrd. DM 1959 betrug der Ausgabenanteil 2,5 vH, genau soviel wie im Jahre 1954 bei einem Aufwand von 2,3 Mrd. DM.

Für die Wohnungsnutzung wurden von den Verbrauchern 1954 rund 6,5 vH ihrer Gesamtausgaben, 1959 dagegen 6,8 vH verwendet. Hier scheint das für die Beziehung zwischen Wohnungsmiete und Einkommenshöhe bekannte „Schwabesche Gesetz“, daß nämlich ein immer größerer Anteil der Gesamteinnahmen für die Wohnung aufgewendet werden muß, je kleiner das Einkommen ist, nicht mehr gültig zu sein. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Verbrauchsgestaltung in den beobachteten Jahren weitgehend von den besonderen Verhältnissen in der Wohnungswirtschaft bestimmt wurde und die Erhöhungen der Mietpreise sowie die beachtliche Zunahme neu geschaffenen Wohnraumes die Entwicklung der Aufwendungen beeinflußt hat.

Einen bemerkenswert geringen Zuwachs — von 26 vH zwischen 1954 und 1959 — zeigten die Aufwendungen der privaten Verbraucher für die Leistungen des öffentlichen Verkehrs- und Nachrichtenwesens. Angesichts der allgemein festzustellenden Ausdehnung der Nachfrage nach derartigen Leistungen ist dies zunächst erstaunlich. Die Erklärung dafür liegt einerseits in einigen bedeutenden Rationalisierungserfolgen, z. B. bei der Nachrichtenübermittlung, andererseits vor allem in der steigenden Individualisierung des Verkehrs. Die zunehmende

private Motorisierung findet nämlich in dieser Verbrauchsgruppe keinen Ausdruck, da die Aufwendungen für die Anschaffung der privaten Fahrzeuge im Verbrauch der „Sonstigen Güter“ und die Ausgaben für ihre Unterhaltung weitgehend im Dienstleistungshandwerk und damit in der Gruppe „Übrige Dienste“ enthalten sind.

Für Dienstleistungen verschiedener Art wurden 1954 insgesamt 10,7 Mrd. DM, 1959 bereits 18,1 Mrd. DM aufgewendet. Der Zuwachs dieser Beträge war fast ebenso groß wie in der Gruppe für Güter des Hausrat- und Wohnbedarfs, der Anteil an den Gesamtausgaben betrug hier jedoch 11,5 vH und erhöhte sich auf 12,6 vH im Jahre 1959. Diese durch einen überdurchschnittlichen Zuwachs gekennzeichnete Entwicklung steht unter dem Einfluß sehr unterschiedlicher Ausgabengestaltung der Verbraucher, die für die einzelnen Dienstleistungsarten teilweise gegenläufige Entwicklungstendenzen bewirkte. Die absoluten Ausgabenbeträge wuchsen zwar alle, doch dem Anteil nach blieben die Aufwendungen z. B. für speziell häusliche Dienste und für gewisse kulturelle Leistungen zurück, während sie für Gesundheits- und Körperpflege, für Dienste des Beherbergungsgewerbes und unter anderem auch des Versicherungswesens stiegen. Hierin finden die zunehmende Verteuerung der persönlichen Dienstleistungen, die erhöhte Reisetätigkeit, ein vermehrtes Pflege- und Sicherheitsbedürfnis der Verbraucher ihren Ausdruck, einige der Gründe für solche Ausgabenverlagerungen, die auch in Zukunft wirksam sein werden.

Die handwerklichen Dienste, die etwa die Hälfte des Dienstleistungsaufwandes beanspruchten, verloren in den Jahren 1954 bis 1958 an Gewicht, profitierten jedoch seitdem offenbar wieder stärker von dem wachsenden Verbrauch jener industriellen Güter, die vermehrte handwerkliche Dienste — z. B. des Elektrowerks und der Autoreparaturwerkstätten — erfordern.

Die reale Entwicklung des privaten Verbrauchs

Um den hinter den nominalen Ausgaben der privaten Verbraucher stehenden realen Verbrauch erkennen zu können, wurde eine Umrechnung zu Preisen von 1954 vorgenommen. Zur Anpassung an die Abgrenzung der hier genannten Verbrauchsgruppen war die Anwendung einer Kombination mehrerer Preisindexziffern aus verwandten Bereichen erforderlich. Durch weiter spezialisierte Berechnungen könnten die Ergebnisse zwar noch berichtigt werden, wesentliche Änderungen der Entwicklungstendenz sind jedoch hierdurch kaum zu erwarten.

Nach Ausschaltung der Preiseinflüsse ergibt sich eine reale Verbrauchszunahme zwischen 1954 und 1959 von 38 vH. Überdurchschnittliche Preissteigerungen wiesen vor allem die Gruppen Wohnungsnutzung, Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung und Übrige Dienstleistungen auf. Besonders die letztgenannte Gruppe läßt erkennen, daß der Verbrauch von Dienstleistungen real keineswegs in dem Maße gewachsen ist, wie es die nominalen Werte anzeigten. Dem stets überdurchschnittlichen Zuwachs der nominalen Aufwendungen entsprach bis 1957 nur ein unterdurchschnittliches Wachsen des realen Verbrauchs; dieser erholte sich erst 1958 stärker und erreichte schließlich 1959 wieder den gleichen Anteil am realen Gesamtverbrauch wie 1954. Das Gewicht dieser Gruppe in der Struktur des Gesamtverbrauchs ist also dem Volumen nach 1959 gegenüber 1954 nicht verändert. — Ähnlich war auch in der Gruppe der Wohnungsnutzung der reale Zuwachs nur in den Jahren 1956 und 1957 so groß, daß er eine geringe Erhöhung des Anteils am Gesamtverbrauch bewirkte. Im allgemeinen scheint sich doch die in der Betrachtung der nominalen Werte genannte — und dort vor allem durch die Preisbewegung überdeckte — Gesetzmäßigkeit der sinkenden Anteile bei wachsendem Einkommen in der realen Entwicklung der Wohnungsnutzung durchzusetzen. Auch der reale Verbrauch der Leistungen des öffentlichen Verkehrs- und Nachrichtenwesens blieb aus den oben genannten Gründen hinter der Durchschnitts-

entwicklung zurück; 1958, in dem Jahre der Tarifierhöhungen bei Bundesbahn und Bundespost, erfolgte sogar ein effektiver Verbrauchsrückgang.

Im Bereich des Güterverbrauchs ist zwar ebenfalls die Steigerung des Verbrauchsvolumens hinter der Zunahme der nominalen Verbrauchsausgaben zurückgeblieben, doch auf Grund der im Verhältnis zum Gesamtdurchschnitt teilweise geringeren Preiserhöhungen hat sich das Gewicht der Güter im Gesamtverbrauch noch verstärkt. So ist z. B. der reale Verbrauch an Textilwaren im Gegensatz zu den für ihn aufgewendeten absoluten Beträgen bis 1956 überdurchschnittlich gestiegen; erst unter den oben genannten besonderen Verhältnissen des Jahres 1958 stagnierte er und verringerte damit sein Gewicht am Gesamtverbrauch von 16,6 vH auf 15,9 vH; es konnte sich 1959

nur langsam wieder erhöhen. Ähnlich blieben die realen Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel im Verhältnis zu den Gesamtausgaben weniger stark zurück als die nominalen Ausgaben. In den Jahren 1955 bis 1958 war der Anteil des realen Verbrauchs mit 41,8 vH bis 41,2 vH sogar relativ konstant. Im Rahmen einer Erhöhung des realen Gesamtverbrauchs von mehr als 20 vH in der gleichen Zeit erscheint dies besonders bemerkenswert. Beim Hausrat und Wohnbedarf entsprach dem wachsenden Anteil der nominalen Aufwendungen am Gesamtaufwand eine fast gleichartige Entwicklung im realen Verbrauch. Demgegenüber war bei der Gruppe der sonstigen Güter dem Anteil nach die Erhöhung des realen Verbrauchs in den einzelnen Jahren noch stärker als die der Aufwendungen.

Arbeitszeitfragen in Mitteldeutschland

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird im Siebenjahresplan der SBZ als eine der Hauptaufgaben genannt. Organisatorische Rationalisierung und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität sollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Planerfüllung durch die Arbeitszeitverkürzung nicht gefährdet wird¹⁾.

Die bisherigen Maßnahmen sind seit dem 1. März 1957 auf Grund des Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit in mehreren Etappen erfolgt: Bereits vor dem gesetzlich festgelegten Termin hatten Betriebe des Schwermaschinenbaus und des Allgemeinen Maschinenbaus die wöchentliche Arbeitszeit auf 45 Stunden vermindert. Im März 1957 folgten die metallverarbeitende Industrie, der Bergbau, das Hüttenwesen, die Grundstoffchemie, im April 1957 setzten die Betriebe der Energieversorgung, der übrigen Zweige der chemischen Industrie, der Leichtindustrie sowie der Lebensmittelindustrie ebenfalls die Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden herab. Die Mehrzahl der privaten Industriebetriebe, die Bauindustrie sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen schlossen sich im Sommer des gleichen Jahres der Regelung an. Ende 1957 war die 45-Stunden-Woche für etwa 50 vH und Ende 1958 für etwa 59 vH der mitteldeutschen Arbeitnehmer eingeführt; zur Zeit arbeiten 62 vH wöchentlich 45 Stunden, für die restlichen 38 vH gilt noch die 48-Stunden-Woche.

Vorbereitende Analysen über die Ausnutzung der Arbeitszeit in den Betrieben der volkseigenen Industrie während der Jahre 1955 und 1956 hatten erhebliche Arbeitszeitverluste gezeigt und Ansatzpunkte für Bestrebungen geboten, sie zur Kompensation der mit einer verkürzten Arbeitszeit verbundenen Leistungsausfälle herabzusetzen²⁾. In den Jahren 1955 und 1956 (erstes Halbjahr) wurden 79,5 bis 85,4 vH der Kalenderarbeitszeit der Produktionsarbeiter produktiv genutzt. Für das zweite Quartal 1956 wurden 15,2 vH Ausfallstunden und 1,0 vH Überstunden errechnet, so daß die tatsächlich geleistete Arbeitszeit 86,1 vH der regulären Arbeitsstunden erreichte. Als Ursachen der Ausfallzeiten wurden ermittelt:

	in vH der Ausfall- stunden
Urlaub	40,0
Staatsbürgerliche Verpflichtungen	5,3
Krankheit	43,0
Kurzarbeit	5,0
Stillstands- und Wartezeiten	3,3
Sonstiges Fehlen	3,4
Ausfallstunden insgesamt	100,0

Aus diesen Analysen hatte man errechnet, daß insgesamt wöchentlich 2½ Stunden Arbeitszeitverluste vermeidbar wären, so daß eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit dann die Planerfüllung nicht gefährden würde, wenn es gelänge, diese Arbeitszeit-

reserven zu erschließen. Allerdings scheint sich der Ausnutzungsgrad der Arbeitszeit keinesfalls verbessert zu haben: die tatsächlich geleistete und produktiv genutzte Arbeitszeit der Produktionsarbeiter in der volkseigenen Industrie hatte 1955 bei der allgemeinen 48-Stunden-Woche 39,4 Stunden betragen; sie ist mit der für einen großen Teil der Arbeiter verwirklichten 45-Stunden-Woche im Jahre 1958 auf 37,1 und 1959 auf 36,9 Stunden, d. h. insofern relativ stärker als die reguläre Arbeitszeit zurückgegangen, als für mehr als ein Drittel der Arbeiter noch die 48-Stunden-Woche gilt³⁾.

Lohnausgleich

Gehalts- und Monatslohnempfänger erhalten das bisherige Monatseinkommen, Zeitlohnempfängern wurde zunächst ein Lohnausgleich von 6,66 vH des bisherigen Durchschnittsverdienstes gewährt; in der Zwischenzeit sind diese Zuschläge in die Lohnsätze eingearbeitet worden. Leistungslohnempfänger sind angehalten, die Arbeitszeitverkürzung durch Leistungssteigerung zu kompensieren, so daß keine Lohnminderung eintritt; in „begründeten Ausnahmefällen“ wurde ihnen für die Zeit bis zu höchstens drei Monaten die Differenz zwischen dem bisherigen Durchschnittseinkommen und einem infolge der Arbeitszeitverkürzung geringeren Verdienst als Lohnausgleich gezahlt.

Sechstageswoche

Bereits bei den vorbereitenden Diskussionen über die Arbeitszeitverkürzung hatten Betriebe und Arbeitnehmer den Übergang zur Fünftageswoche gefordert. Diesen Forderungen hat bisher noch nicht stattgegeben werden können, obgleich sie bis in die Gegenwart immer wieder erhoben werden⁴⁾; bereits 1957 wurde auf die Schwierigkeiten der Energieversorgung verwiesen⁵⁾, die eine Verteilung der Produktion auf sechs Tage erforderlich macht. Die Pläne bei der Erzeugung von Elektroenergie sind nach dem Bericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1959 auch in diesem Jahr nicht erreicht worden⁶⁾, so daß auch für die nächste Zukunft nicht mit der Einführung der Fünftageswoche zu rechnen ist, zumal Engpässe im Verkehrswesen ein verlängertes Wochenende mit Ent- und Beladeverzögerungen der Güterwagen nicht gestatten⁷⁾.

Überstunden...

Auch in der SBZ sind die gesetzliche⁸⁾ Arbeitszeit übersteigende Stunden als Überstunden mit einem ent-

¹⁾ Vgl. „Statistische Praxis“, 1960, Heft 7, S. 154. Einflüsse einer veränderten Verteilung der Arbeiter auf Vollbeschäftigte und Teilzeit-Arbeitskräfte können zu dieser Entwicklung nicht beigetragen haben, denn der Anteil der Vollbeschäftigten an den Arbeitnehmern ist in der volkseigenen Industrie mit 91,3 vH im Jahre 1959 etwa der gleiche wie mit 91,6 vH im Jahre 1955.

²⁾ Vgl. „Die Welt“ vom 30. 4. 1960.

³⁾ „Die Arbeit“, 1957, Heft 2, S. 8.

⁴⁾ „Die Wirtschaft“ Nr. 7 vom 18. 2. 1960, S. 5. Vgl. auch Wochenbericht des DIW, 1960, Nr. 33.

⁵⁾ „Die Arbeit“, 1957, Heft 2, S. 9.

⁶⁾ D. h. in Betrieben mit verkürzter Arbeitszeit über 45 Wochenstunden hinausgehenden Stunden.

¹⁾ GBL der DDR, Teil I, Nr. 8 vom 26. 1. 1957, S. 73.

²⁾ Vgl. „Statistische Praxis“, 1956, Heft 12, S. 196 ff.

sprechenden Zuschlag (25 vH) zu vergüten. Für die begrenzten Fälle, in denen Überstunden geleistet werden dürfen, lassen die Finanzpläne den Betrieben nur geringen Spielraum. Im ersten Halbjahr 1956 entfielen auf jeden Produktionsarbeiter der volkseigenen Industrie trotzdem durchschnittlich 11,6 Stunden Mehrarbeit⁹⁾ (in der Lebensmittelindustrie 23,2, im Allgemeinen Maschinenbau 7,6 Überstunden je Produktionsarbeiter).

Wie aus sowjetzonalen Veröffentlichungen hervorgeht, zeigen nämlich die Arbeitnehmer nach der Verkürzung der Arbeitszeit verstärktes Interesse an Überstunden; Betriebe lassen insbesondere dann, wenn Planrückstände aufzuholen sind, diese Arbeiten in Überstunden ausführen, so daß die kürzere gesetzliche Arbeitszeit zu einer Zunahme der Überstundenarbeit geführt hat. Diese Entwicklung löste zwar kritische Stellungnahmen des FDGB aus¹⁰⁾, scheint jedoch ebenso wie in anderen Industrieländern als Begleiterscheinung von Minderungen der regulären Arbeitszeit schwer vermeidbar zu sein.

... getarnt als NAW

In dieser Situation, den Plan bei verkürzter Arbeitszeit erfüllen zu müssen, haben Betriebsleitungen gelegentlich unbezahlte Sonderschichten und Arbeitsleistungen im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerks“ (NAW) für normale Produktionszwecke in Anspruch genommen. Obgleich Schul- und Wohnungsbauten, öffentliche Anlagen und Straßen sowie Bauten für das Volkshilfswesen, Gesundheits- und Sozialwesen Schwerpunkte des NAW sein sollen, haben nach sowjetzonalen Berichten Arbeiter und Angestellte als NAW-Leistung in ihren Betrieben auch zusätzliche unbezahlte Arbeitsstunden und „Sonderschichten“ gearbeitet, um die Pläne zu erfüllen¹¹⁾. Auch dort, wo es sich nicht um getarnte Überstunden handelt, entlasten die Arbeiten im Rahmen des NAW die Produktionsbetriebe insofern, als andernfalls — abgesehen von der Entlohnung dieser Arbeiten — auch Arbeitskräfte dafür benötigt worden wären, die der Produktion jetzt zur Verfügung stehen.

Leistungen im Nationalen Aufbauwerk¹²⁾

Jahr	Stunden je Arbeitnehmer
1956	7,27
1957	11,17
1958	17,74
1959	28,66 ¹³⁾

Die Leistungen des NAW sind während der letzten Jahre gestiegen; allerdings haben hierbei auch nicht im Produktionsprozeß Beschäftigte mitgewirkt.

Wie die nachstehende Übersicht zeigt, diente über die Hälfte (56,8 vH) der NAW-Leistungen unmittelbar oder mittelbar der Produktion; rechnet man die nicht spezifizierten „sonstigen Leistungen“ hinzu, so sind es mehr als zwei Drittel (68,8 vH).

Gliederung der NAW-Leistungen nach dem Zweck¹⁴⁾: (in vH)

I. Direkte Produktionsleistungen

1. Projektierung, Erstellung von Produktionsanlagen und Industriebauten, einschließlich Seehafen Rostock 4,3
2. Leistungen von Belegschaften an Projekten innerhalb ihrer Betriebe 14,5
3. Landwirtschaftliche Stall- und Nutzbauten 8,2 27,0

⁹⁾ Vgl. „Statistische Praxis“, 1956, Heft 12, S. 196.

¹⁰⁾ „Die Arbeit“, 1959, Heft 3, S. 45.

¹¹⁾ „Die Arbeit“, 1959, Heft 8, S. 50.

¹²⁾ Errechnet nach „Stat. Jahrbuch der DDR“, 1959, S. 253.

¹³⁾ Einschließlich 2,06 Std. „Leistungen in der Landwirtschaft“.

¹⁴⁾ Errechnet nach „Stat. Jahrbuch der DDR“, 1959, S. 254.

II. Indirekt der Produktion zugute kommende Leistungen

1. Wohnungsbau einschl. Instandsetzung und Werterhaltung 11,6
2. Straßen- und Wegebau, Wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Feuerschutzmaßnahmen 18,2 29,8

III. Arbeiten im öffentlichen Interesse

1. Maßnahmen auf dem Gebiet der Volksbildung (Schulbauten), des Gesundheits- und Sozialwesens, einschließlich kultureller Einrichtungen und Sportanlagen 22,9
2. Grünanlagen und Entrümmung 8,3 31,2

- IV. Sonstige Leistungen 12,0
Zusammen 100,0

Orientierung am sowjetischen Vorbild...

Die bisherige Verkürzung der Arbeitszeit in Mitteldeutschland zeigt hinsichtlich der Termine wie der Reihenfolge der berücksichtigten Industriezweige eine gewisse Orientierung am sowjetischen Vorbild, so daß auch weitere Maßnahmen zwar in gewissem Abstand von jener Entwicklung, aber in gleicher Richtung verlaufen dürften.

In der UdSSR wurde auf Grund der Beschlüsse des XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1957 die 46-Stunden-Woche durch Reduzierung der Samstagsarbeit bzw. des Tages vor dem freien Tag von acht auf sechs Stunden eingeführt¹⁵⁾; die durchschnittliche Tagesarbeitszeit in der sowjetischen Industrie wird für 1956 mit 7,96, für Anfang 1959 mit 7,70 Stunden angegeben. Bereits durchgeführte Verkürzungen haben die Stundenzahl in der chemischen Industrie, der Kohlenindustrie, der Schwermetallurgie und in der Elektroenergieerzeugung auf durchschnittlich 7 (6,91 bis 7,13) Stunden sinken lassen, während der Arbeitstag z. B. in der Textilindustrie, Leder- und Rauchwarenindustrie, Schuhindustrie und Lebensmittelindustrie noch rd. 8 Stunden beträgt¹⁶⁾.

Obgleich auch die Fünftagewoche in Betrieben der UdSSR diskutiert worden ist¹⁷⁾, deuten Formulierungen in sowjetamtlichen Verlautbarungen vom Mai 1960 auch nur auf Verkürzungen des Arbeitstages oder der Wochenarbeitszeit, nicht dagegen auf ein verlängertes Wochenende hin. Für Ende 1960 wird für alle Arbeiter und Angestellten der 7- oder 6-Stunden-Tag, für Ende 1962 die 40-Stunden-Woche und für die Zeit nach 1964 weitere Arbeitszeitverkürzungen angekündigt¹⁸⁾.

... läßt weitere Maßnahmen in Mitteldeutschland erwarten

Die amtlichen Stellen der SBZ sind mit konkreten, über die allgemein gehaltenen Formulierungen des Siebenjahresplanes hinausgehenden Angaben zurückhaltend, bezeichnen es jedoch als „möglich, daß bis Ende 1961 im Handel, im Gesundheitswesen und in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft und der Staatlichen Verwaltungen, wo gegenwärtig noch 48 Stunden gearbeitet wird, die Arbeitszeit auf 45 Stunden verkürzt werden kann“¹⁹⁾. Ab 1962 soll die 42-Stunden-Woche für weitere volkswirtschaftlich wichtige Gruppen „mit erschwerten Arbeitsbedingungen“ — wiederum in Etappen — eingeführt werden. Es wird von der wirtschaftlichen Entwicklung Mitteldeutschlands abhängen, wie weit sich diese Pläne realisieren lassen.

¹⁵⁾ „Die Tat“ vom 16. 11. 1958.

¹⁶⁾ Narodnoe chozjajstvo SSSR, 1958 godu (Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1958), Moskau 1959, S. 665.

¹⁷⁾ „Die Tat“ vom 16. 11. 1958.

¹⁸⁾ „Neues Deutschland“ vom 7. 5. 1960, S. 3.

¹⁹⁾ „Neues Deutschland“ vom 1. 10. 1959, S. 24.

) D = Gesamtdeutschland, BRD = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und West-Berlin, BRD) = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und ohne West-Berlin, BRD**) = Bundesrepublik Deutschland ohne Saarland und ohne West-Berlin, WB = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, SBZ = Sowjetische Besatzungszone. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — °) Berichtigte Zahl.

¹⁾ Lebendgeborene. — ²⁾ Ohne Totgeborene. — ³⁾ Ohne Militär- und ohne Kraftwagenverkehr. — ⁴⁾ Güterwagen in allen Zügen. — ⁵⁾ Einschl. Stadtschnellbahnen und Obus. — ⁶⁾ Linien- und Gelegenheitsverkehr, einschl. Bundesbahn und Bundespost. — ⁷⁾ Ohne Möbel-Fernverkehr, einschl. Güterfernverkehr der Deutschen Bundesbahn; Quelle: BAG, Köln. — ⁸⁾ Statistische Mitteilungen des Kraftfahrtbundesamtes. — ⁹⁾ Einschließlich Durchgangsverkehr. — ¹⁰⁾ Einschließlich des Verkehrs mit den Häfen der SBZ und des polnischen Besatzungsgebietes. — ¹¹⁾ Gesamt-Flughafenverkehr (In- und Ausland); Ankunft und Abgang. — ¹²⁾ Im Nachrichtenverkehr sind enthalten: Briefsendungen, Telegramme, Orts- u. Ferngespräche. — ¹³⁾ Einschl. Ost-Berlin. — ¹⁴⁾ Ab Juli 1959 einschl. Saarland. — ¹⁵⁾ Ab Januar 1960 einschl. Saarland.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin. — Statistisches Amt des Saarlandes. — Zentralverwaltung für Statistik, Ost-Berlin.

Gegenstand	Einheit †)		Vorjahr					Gegenwart								
			12.-18. Juli 1959	19.-25. Juli 1959	26. Juli bis 1. Aug. 1959	2.-8. August 1959	9.-15. August 1959	12.-18. Juni 1960	19.-25. Juni 1960	26. Juni bis 2. Juli 1960	3.-9. Juli 1960	10.-16. Juli 1960	17.-23. Juli 1960	24.-30. Juli 1960	31. Juli bis 6. Aug. 1960	7.-13. August 1960
			29.	30.	31.	32.	33.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.
Woche:			29.	30.	31.	32.	33.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100		152,1	151,4	152,1	150,9	149,0	164,5	165,4	164,8	.	.	.	.	.	.
Industrieproduktion in USA			149,8	138,6	135,7	137,6	136,8	168,2	169,2	168,6	169,5	166,5	166,1	164,0	159,9	163,9
Steinkohlenföderung. in Westdtschld. 1)	1000 t	WS	2220	2272	2193	2356	2287	1517	2805	2514	2756	2696	2674	2632	2573	.
" " " " Großbritannien	"	"	3180	.	.	.	.	3995	3894	3723	.	3463	2918	.	.	.
Kohlenförderung in USA	"	"	6468	6577	6527	6214	6486	8078	8183	8850	1143	6609	7202	7425	7121	.
Rohstahlerzeugung in Westdeutschld.1)	"	"	417	424	423	296	290	422	473	473	478	478	489	483	476	.
" " " " USA	"	"	2126	339	328	301	301	1610	1577	1415	1105	1373	1412	1391	1424	1412
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	128	126	143	117	83	162	166	152	107	123	132	129	116	99
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	"	34,6	34,1	33,6	34,8	35,8	36,7	38,8	40,5	41,3	38,9	37,9	36,2	37,9	38,5
Güterverkehr																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn 18)	1000 Wagen	WS	371,3	367,0	359,1	358,9	365,3	284,1	404,9	402,2	397,2	393,6	390,5	391,4	374,8	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. West-Berlin . .	Mill. DM	BSt	18344	17615	19921	18821	18475	19528	18468	21164	20194	19898	18953	21554	20376	.
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	Mi	2165	2195	2217	2211	2181	2217	2213	2225	2246	2270	2300	2319	2319	2291
" " Bank von Frankreich	Mrd. sfrs.	Do	3407	3363	3452	3445	3387	34,1	33,9	33,9	35,9	36,3	35,5	36,7	36,8	.
" " " " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	4321	4345	4384	4399	4280	4434	4399	4440	4687	4630	4605	4667	4747	4613
" " " " Belgischen Nationalbk.	" bfrs.	Do	118976	118161	116773	118863	117653	117384	116519	116551	120471	120664	120127	119938	121926	120905
" " " " Schweizer	" sfrs.	BSt	5644	5720	5786	5679	5595	5854	5948	6125	6023	5993	6104	6184	.	.
" " " " Schwedischen	" skr.	"	5424	5347	5502	5308	5306	5571	5803	5984	5824	5711	5647	5784	5563	.
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	Mi	32201	32043	31890	31925	32071	31976	31927	31867	32155	32361	32199	32041	32044	32129
Geld- und Kapitalmarkt																
Deutsche Bundesbank 8)																
Gold	Mill. DM	BSt	11280	11282	11305	11297	11286	11429	11430	14488	11524	11608	11633	11646	11724	.
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	11842	12053	11840	11608	11352	15641	16146	16278	16513	16525	16778	16987	16908	.
Inlandswechsel	"	"	640	486	448	464	422	2167	1919	1663	2499	2040	1869	1646	1630	.
Kassenkredite 4)	"	"	35	239	653	1050	584	12	16	17	9	8	5	11	100	.
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	4065	4185	4124	4077	4087	5145	5159	5096	5089	5928	5285	4558	4561	.
Einlagen insgesamt	"	"	9896	10602	8763	9701	9302	15962	17497	14873	16569	16683	17674	14627	15501	.
darunter: von Kreditinstituten 5)	"	"	7081	7507	6262	7521	6683	11417	11960	10866	13184	12129	12820	.	12883	.
von öffentlichen Einlegern	"	"	2607	2888	2289	1982	2417	4342	5307	3786	3171	4341	4619	.	2391	.
Halbmonatliche Bankenstatistik 6)																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken .	"	"	22523	.	22448	.	22356	24230	.	24597	.	24525	.	.	.	.
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	19341	.	19315	.	19319	21287	.	21636	.	21561	.	.	.	.
an öff.-rechtl. Körperschaften . . .	"	"	3181	.	3133	.	3036	2942	.	2962	.	2964	.	.	.	.
Einlagen von Nichtbanken	"	"	50326	.	50076	.	50653	56052	.	56051	.	56644	.	.	.	.
darunter Spareinlagen	"	"	21063	.	21209	.	21361	24911	.	25034	.	25174	.	.	.	.
Bank von England																
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	2196,8	2246,8	2246,8	2246,7	2196,8	2247,5	2247,5	2247,5	2297,5	2297,5	2347,5	2347,5	2347,5	2347,5
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	"	294,6	257,7	270,7	269,4	280,3	399,3	388,5	411,8	384,2	414,8	388,9	409,5	417,2	393,6
Einlagen	"	"	312,7	295,4	286,4	291,0	282,5	415,9	408,6	418,7	421,6	428,2	422,2	423,4	431,1	435,3
Bundes-Reserve-Banken in USA																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	54001	53361	52597	52370	52944	53361	53411	52109	52385	52987	53761	52337	52604	52275
darunter: Goldzertifikate	"	"	18458	18401	18406	18396	18371	18112	18111	18094	18093	17999	17977	17901	17881	17805
Regierungspapiere	"	"	26418	26497	26459	26553	26598	26155	25983	26219	26640	26514	26514	26684	27074	26944
Einlagen insgesamt	"	"	19497	19688	19392	19235	19184	19222	19276	18734	19173	19109	19893	19106	19274	18928
darunter: Regierungseinlagen	"	"	422	451	630	387	514	534	578	495	325	475	621	500	378	431
Zinssätze																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	2 3/8-3 1/8	2 3/8-3 1/4	2 3/8-3 1/4	2-3 1/8	2 3/8-3 1/4	3 3/8-4 5/8	4 3/8-5 1/2	4 3/8-5 1/4	4 3/8-5 1/4	4 3/8-5 1/4	4-5 1/8	4 3/8-5 1/4	4 3/8-5 1/4	5 1/8-5 1/4
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	4 1/4-5	5 1/4-6	5 1/4-6	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7	6 1/2-7
Effektenmarkt																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin																
4 3/8%ige RM-Wertpapiere, auf DM 7)	vH	BSt	105,09	105,02	105,12	105,27	105,73	103,02	102,82	102,94	102,97	102,70	102,67	102,65	102,67	.
5 3/8%ige DM-Pfandbriefe 7)	"	"	112,68	102,79	113,21	113,76	113,91	111,22	111,27	111,24	111,18	111,16	111,12	111,03	111,05	.
5 3/8%ige DM-Komm.- Obligationen 7)	"	"	112,06	112,14	112,29	112,65	112,79	111,08	111,04	111,04	111,03	111,03	111,05	110,97	110,96	.
6 3/8%ige DM-Pfandbriefe 8)	"	"	102,25	102,28	102,29	102,30	102,30	94,13	94,18	93,83	93,40	92,88	92,60	92,50	92,40	.
8 3/8%ige DM-Industrieobligationen . .	"	"	104,35	104,19	104,35	104,60	104,50	104,04	103,71	103,43	103,36	103,11	103,21	103,89	103,96	.
Aktienindex, Westdeutschland 9)	31. Dez. 54 = 100	Fr	313,9	315,8	324,7	340,7	344,8	537,5	568,9	579,9	627,8	603,4	575,0	577,9	609,3	.
Aktienindex, Großbritannien 10)	1. 7. 1935 = 100	"	232,3	235,6	237,0	245,7	248,7	317,7	308,3	315,2	317,8	311,3	314,8	308,4	315,8	329,4
Aktienindex, USA 11)	\$ je Stück	"	657,1	663,7	674,8	668,6	658,7	650,9	647,0	641,3	646,9	630,2	609,9	616,7	614,3	626,2
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich . . .	sfrs. je 100 DM	BSt	103,09	103,05	103,05	103,10	103,15	103,50	103,45	103,55	103,48	103,48	103,35	103,28	103,28	.
" Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	23,84	23,84	23,84	23,84	23,84	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	23,98	23,98	23,98
" " " " Paris	sfrs. je DM	"	117,40	117,40	117,24	117,21	117,21	117,51	117,57	117,58	117,51	117,51	117,50	117,50	117,50	117,50
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	"	3,59	3,64	3,71	3,74	3,79	4,68	4,68	4,64	4,47	4,54	4,59	4,59	4,56	4,56
Weltrohstoffpreise																
Indizes																
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	382,3	379,7	381,8	380,2	382,9	376,1	375,4	378,5	374,8	373,9	373,4	371,0	368,3	365,4
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	407,1	409,7	411,5	413,0	418,1	428,1	424,2	422,1	420,4	421,5	421,6	422,7	422,5	420,7
DIW-Index 12)	1938 = 100	Mi	286,0	284,9	285,0	285,8	284,7	286,5	285,9	283,2	282,8	282,5	282,1	281,7	281,2	279,6
dar. Nahrungs- und Genußmittel . .	"	"	271,1	269,8	269,8	273,6	270,0	259,0	257,6	253,6	254,6	258,7	259,8	262,2	264,2	259,7
Textilrohstoffe	"	"	343,2	339,1	338,8	336,0	335,0	341,9	341,2	337,6	336,6	333,4	329,0	328,3	326,1	325,2
Metalle	"	"	256,0	258,2	258,6	259,1	263,8	266,6	267,4	265,6	266,5	268,1	268,1	267,6	266,6	270,4
Preise																
Weizen, hardw. II, loco, New York . .	cts je 60 lbs	"	240,00	241,88	243,75	246,13	245,75	244,25	270,88	236,13	237,63	239,00	239,25	239,25	242,50	244,13
Kaffee, Santos 4, loco, New York . .	cts je lb	"	38,00	38,00	38,00	38,00	36,25	37,50	37,50	36,50	37,00	36,75	36,50	38,00	38,00	36,25
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	74,00	75,00	77,00	77,00	79,00	77,00	77,00	76,00	76,00	76,00	76,00	76,00	76,00	76,00
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	84,95	84,35	83,80	83,45	83,15	84,25	84,25	84,25	84,25	84,25	83,80	83,60	82,95	82,60
Kupfer, Elektrolyt, p. Kasse, London .	£ je lg.t	"	218,25	223,25	225,38	226,50	237,13	252,00	257,00	250,75	254,13	258,75	258,13	254,75	251,75	248,63
Zinn, per Kasse, London	"	"	791,75	793,25	792,75	792,75	792,75	793,00	797,25	800,25	809,50	810,25	818,25	818,50	812,25	806,50
Kautschuk, RSS I, loco, London . . .	d je lb															

† E = Monatsende; M = Monatsmitte; WS = Wochensumme; BSt = Bankenstichtag (7., 15., 23., Ultimo); Mo = montags; Mi = mittwochs; Do = donnerstags; Fr = freitags; Sa = sonnabends. — °) Berichtigte Zahl. — *Kursive Zahlen*: Vorläufig oder geschätzt.

1) Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — 2) Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — 3) Ab 23.9.57: Einschl. der bisherigen Berliner Zentralbank; bis 31.7.1957: Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder u. der Landeszentralbanken. — 4) Bis 31.7.1957: Vorschüsse u. kurzfristige Kredite. — 5) Einschl. Postcheck- und Postsparkassensämter sowie bis 14.9.1957 Berliner Zentralbank. — 6) Erhebung der Dt. Bundesbank u. der Landeszentralbanken bei 480 deutschen Kreditinstituten, die etwa zwei Drittel des ges. Kredit- u. Einlagevolumens repräsentieren. — 7) Steuerfrei. — 8) Tarifbesteuert. — 9) Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (F.A.Z.), 10) 30 Stammaktien, London. (Financial Times). — 11) Dow Jones, 30 Industriek Aktien. — 12) 36 Notierungen. — 13) Einschl. Saarland, ohne Berlin.